

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Abgaben und Gebühren
Johannisstraße 53.
Spendenkassen der Redaction
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.
Für die nächste eingetragene Manu-
scripte nach 10 Uhr Abgaben nicht
erhalten.
Anzahl der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Bücher an Wochentagen bis
10 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Filialen für Prof. Anstalt:
L. W. Krumm, Universitätsstr. 22,
L. W. Krumm, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Thl.,
incl. Frachtlohn 5 Thl.,
durch die Post bezogen 6 Thl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 36 Pf.
mit Postförderung 45 Pf.
Inserate 50 Pf. Zeitungs 20 Pf.
Werbere Schritte laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Kerker unter dem Rathhausstrich
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind best. an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannuatim
oder durch Postnachschuß.

№ 153.

Montag den 2. Juni 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Ein Theil der Schleuse der Emilienstraße soll in eine Schleuse III. Classe umgebaut und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Begüßliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Schleusenbau in der Emilienstraße
versehen ebenfalls und zwar
bis zum 6. Juni d. J., Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.
Leipzig, den 24. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Bangemann.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß bei Vornahme von Neubauten und Umbauten soweit letztere sich nicht auf das Innere eines Gebäudes beschränken, ferner vor der Neulegung oder Umlegung von Granittröppelplatten, bei Erbauung, bei Wiederherstellung von Hauptgassen und Privatgassen und endlich bei Neu- und Umplasterung von Straßen und Straßentracten die Einführung der Dachrinnen mittelst besonderer Fallrohrschleusen unter den Fußwegen hindurch in die nächst-
folgenden Hauptgassen zu erfolgen hat.
Es haben daher in diesen Fällen die betreffenden Grundstücksbesitzer für rechtzeitige Unterführung der Dachrinnen bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 Mark Sorge zu tragen, außerdem aber auch zu gewährleisten, daß diese Unterführung auf Kosten der Säumnisse von Amtswegen ausgeführt werden wird.
Leipzig, den 29. März 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Bangemann.

Bekanntmachung.

Wegen Lieferungsverzug der Wasserleitung wird die Große Fleischergasse von der Kreuzung mit der Kleinen Fleischergasse an bis Nr. 6 und 26 vom 4. Juni d. J. ab auf ungefähr 5 Tage für den Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, am 31. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Richter.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 1. Juni.

Der Bundesrath hielt am Freitag den 30. Mai 1879 eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsanwaltes, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde Mittheilung gemacht von einer strafgerichtlichen Verurtheilung wegen Verletzung des Bundesrats. Zur Vorlage kamen: Schreiben des Präsidenten des Reichstages, betreffend die Beschlüsse des Reichstages a) über die Denkschrift bezüglich der Ausführung mehrerer Anleihegesetze (die Vorlage wurde dem betreffenden Ausschusse überwiesen), b) zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen vorläufiger Einführung von Änderungen des Zolltarifs. Der Gesetzentwurf wurde nach der Fassung des Reichstages genehmigt. Weitere Vorlagen, betreffend a) den zwischen dem Reich und den Samoa-Inseln abgeschlossenen Handelsvertrag, b) den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Reichshaushalts-Etats und des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1879 bis 1880 wurden den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushalts für 1878/79 wurde genehmigt. Derselbe wurde eine Mittheilung der Bayerischen Regierung, betreffend den Zolltarif, zur Kenntniss des Bundesrats gebracht. Sodann wurde Beschluß gefasst über die Befragung erledigter Stellen bei den Disciplinarkammern. Ausschüsse wurden ernannt über a) den Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und die Verwaltung von Elsaß-Lothringen (der Gesetzentwurf wurde nach den Ausschüssen genehmigt), b) die Veranlassung der Gewerbesteuer der Rübenzuckerfabriken, c) die strafrechtliche Behandlung der Defraudanten an Lebensversicherungen in Oesterreich, d) einen Antrag über wegen Zulassung der bei dem Landgericht in Mainz zugelassenen Rechtsanwältin bei dem künftigen Ober-Landesgericht in Darmstadt; die zu h, c, d gestellten Ausschüsse wurden angenommen; e) den Entwurf eines Gesetzes über die §§. 26 und 35 des Reichsbeamtengesetzes; der Gesetzentwurf wurde genehmigt. f) den Entwurf einer Verordnung über die Caution des Rentanten der Patentamtscasse; der Entwurf wurde genehmigt. Es folgte die Ernennung von Commissaren für die Beratung von Vorlagen im Reichstag. Endlich wurde eine an den Bundesrath gerichtete Vorstellung der Kellerei der Kaufmannschaft zu Berlin, betreffend Änderung des Bankgesetzes, vorgelegt und dem bezüglichen Ausschusse überwiesen.

Während die Centrumpartei im Reichstage als die eifrigste Stütze der neuen Zollpolitik agitirt, ist ihr bedeutendster Publicist, Herr Jörg, von dem parlamentarischen Geschäft ausstrahlend, auf der Kreuzung zu Landtschütz und prüft die Dinge mit kritischer Blicke. Es ist nicht ohne Interesse, das Ergebnis dieser tiefen Beobachtung in dem neuesten Heft der „Historisch-politischen Blätter“ zu lesen. Daß Herr Jörg, wie gegenüber jedem Plane des Fürsten Bismarck, so auch hier in erster Linie nach dem preussisch-unitarischen Verfassungsverhältnis sich richtet, ist selbstverständlich. Wir lassen das sowie die Ausfälle gegen die nationalliberale Partei bei Seite; es gehört in das Capitel der „liberalen Garantien“, und diesem gehört eine besondere Betrachtung. Für

heute liegt uns daran, zu zeigen, wie Herr Jörg, der während seiner Reichstagszeit von seiner Fraction als socialpolitische Autorität betrachtet wurde, die Schwärmerie des Centrums für die „völkisch-wirtschaftliche Reform“, wie sie in dem neuen Tarif zur Erscheinung kommt, keineswegs theilt. Er sagt u. A.: „Ueberhaupt dürfte die Landwirtschaft im Allgemeinen sich sehr täuschen, wenn sie von den vorgeschlagenen Vieh- und Getreidezöllen, die gegenüber gewissen industriellen ohnehin auf-fallend niedrig bemessen sind, einen wesentlichen Schutz ihrer Production erwartet. Der großen Grundbesitzer mag die Maßregel einigermaßen zu Gute kommen, die kleineren werden unter der un-ausbleiblichen Folge, nämlich unter der allgemeinen Vertreibung der notwendigen Lebensmittel, selbst mitzuleiden haben. Die Concurrerz; der überfischen und anderen fremden Länder aber, welche noch anaus-gefolgten Boden haben, der am ein Williges zu er-werben, mit Schulden und Steuern nicht überlastet ist, wird durch solche Zölle doch nicht ausgeschlossen. Die neuen Communicationsmittel zu Wasser und zu Land, aus Rußland, aus Amerika und Australien, sie sind der Feind unserer Landwirtschaft, und dieser Feind wird unüberwindlich sein, die Zukunft un-ferer Landwirtschaft wird trübe bleiben und sich noch trüber gestalten, wenn man ihre Existenz nicht erleichtert, anstatt sie abermals wieder mit finan-zialen und neuen indirecten Steuern zu belasten. Die 160 Millionen Mark oder mehr, was die Zoll- und Steuerreform in die Reichscasse bringen soll, werden doch auch wieder aus den Taschen des Volkes und zwar vorzugsweise aus denen der Bauern genommen. Die letzteren werden vielleicht erfahren, daß mit der einen Hand mehr genom-men, als mit der anderen gegeben wird. Hier ist Dis-mare ist unermesslich in Deutung seiner Idee, daß auf dem Wege indirecter Besteuerung die Steuer-schraube noch tüchtig angezogen werden könnte, ohne daß das Publicum viel davon bemerkt, während die Er-höhung der directen Steuern empfindlich schmerz-lich wäre. Aber ebenso unumstößlich ist der Satz, daß die indirecte Besteuerung in ihrer Wirkung eine Besteuerung der Arbeit ist, während die directe Steuer das Capital in allen seinen Formen trifft. Die ungleiche Gerechtigkeit würde also gerade die umgekehrte Reform erfordern, und dazu wäre um so mehr Anlaß gegeben, als gerade die Factoren, welche die kleinen Reste in der Industrie und Landwirtschaft zu Boden gedrückt haben, hinwieder dem großen Capital zu Gute gekommen sind.“ An einer anderen Stelle meint Herr Jörg: „Es geht nun einmal eine sonderbare Stimmung durch das Reich und hat sich ein Taumel der Gemüther bemächtigt, in welchem eine Erhöhung der Steuerlast um 160 Millionen und mehr als ein Wohlthat und ein Segen begrüßt wird, der den bisherigen schlechten Zeiten bald von selbst ein Ende machen werde.“ Und zum Schluß: „Wir unverselbst wünscheten nur zu sehr, daß die glänzenden Aussichten, die der Reichsanwalt von seiner wirtschaftlichen Reform eröffnet, in Er-füllung gehen möchten. Man hat die Erwartungen hoch gespannt, und um so empfindlicher würde im entgegengesetzten Fall die Ernüchterung ausfallen. Es verräth schon einen krankhaften Zustand, daß man sich bei uns gezwungen sieht, die eigenen, der-einst nicht minder gelieferten Staatssactionen selber anzufassen und als Ursache des öffentlichen Unglücks, des sinkenden Wohlstandes und der steigenden

Verarmung hinzustellen. Bei keiner anderen Nation geschieht Dies so wie im Deutschen Reich, obwohl in anderen Ländern die Klage laut wird über die bedrückte Lage der Verkehrs- und Erwerbsver-hältnisse. Sollte der nun betretene Weg durch bittere Erfahrungen des Volkes sich abermals als ein Irrweg erweisen, so wäre zu befürchten, daß der Glaube an die bestehende Gesellschaftsordnung selbst in noch größerer Mähe, als es unbestritten jetzt schon der Fall ist, sinken würde. Die Frage gehört mit in das schwere Capitel der „socialen Gefahr.“ Wir glauben aber nicht, daß die wirt-schaftliche Reform die erwarteten Früchte tragen wird, wenn nicht auch auf anderen Gebieten die Umkehr von bedenklichen Wegen stattfindet. Seitdem dieses Reich gegründet ist, hat es noch nicht einen Augenblick in friedlicher Ruhe gelebt. Von inneren Kämpfen wider-haltend, befindet es sich auch in permanenter Kriegsbereitschaft nach außen. Das ist nicht die Temperatur, unter welcher ein Volkswohlstand ge-deiht. Kleine Tarifcorrectionen und große Finanz-projeete ändern daran Nichts, eher das Gegenteil.“ In dem oestereum censoo dieser letzten Betrachtung liegt zur Genüge angedeutet, was Herr Jörg mit der Zollreform des Reichsanwaltes vollum-fernen verfahren könnte. Es ist bezeichnend für den Standpunkt des Centrums überhaupt. Bleibt die Umkehr zur ausgeprägten Schutzpolitik etwas Bereinigtes, so ist sie ohne Erfolg, ja geradezu vom Uebel; wahrhaft fruchtbringend kann sie nur gemacht werden, wenn man den ganzen Re-actioensplan des Centrums zur Ausführung bringt. Das ist das Programm der neuesten Stütze unserer Regierungspolitik!

Aus Wien, 31. Mai, wird gemeldet: Wie die „Polit. Corresp.“ erfährt, hat die griechische Re-gierung wegen der Griechenlands mit einer In-vasion bedrohtenen Concentration türkischer Truppen an der Grenze eine Depesche an die Großmächte und gleichzeitig auch eine Note an die Porte gerichtet. — Aus Philippopol von Sonnabend wird derselben Correspondenz gemeldet: Das in Folge eines Compromisses vereinbarte Programm für die feierliche Verkündigung des Firman, betreffend die Ernennung Aleso Paschas und die Sanction des organischen Statuts, ist gestern nur theilweise eingehalten worden. Wegen der andauernden Aufregung unter der Bevölkerung erklärten die Mitglieder der europäischen Com-mission, daß Aleso Pascha in der Frage wegen des Aufstehens der türkischen Fahne lediglich nach Opportunitätsrücksichten verfahren möge. In Folge dessen ist es wegen programmmäßigen Aufstehens der türkischen Fahne und deren Salutarung vorläufig zu keiner Vereinbarung gekommen. Der erwähnte Firman und die Proclamation Aleso Paschas wurden in türkischer und bulgarischer Sprache ver-lesen. Die griechische Deputation protestirte wegen der Nichtverlesung der Actenstücke in griechischer Sprache. Aleso Pascha machte demgegenüber die Ermahnung der europäischen Commission geltend.

Das „Journal des Débats“ läßt sich aus Wien melden, Rußland, Deutschland und England seien in der griechisch-türkischen Angelegenheit dem jüngsten Circularschreiben des französischen Ministers des Auswärtigen, Waddington, bei-getreten, die Action der Dolmetscher, von denen jedoch jeder für sich vorgehe, werde eine identische

sein, der Beitritt Oesterreichs und Italiens se gewiß.

Ein Telegramm meldet aus Madrid, 31. Mai: In einer hier stattgefundenen Versammlung von etwa 230 Deputirten der ministeriellen Partei sprach sich der Ministerpräsident, Martinez Campos, dahin aus, daß er die von Canovas del Castillo inaugurierte Politik fortsetzen werde. Er werde den Stand der Armee um 13,000 Mann reduciren und alle nur möglichen Ersparnisse ein-treten lassen. Schließlich forderte Martinez Cam-pos zu einer Vereinigung der Liberalen mit den Conservativen auf, um über die schwebenden Fragen, namentlich über die cubanische, eine Einigung herbeizuführen.

Wie die „Agence Ruffe“ erfährt, hat der Kaiser Alexander mit Rücksicht auf die in dem Ge-sundheitszustande der Großfürstin Maria Pawlowna eingetretene Besserung die für heute in Aussicht genommene Reise von Livadia nach Petersburg aus-gelassen. Der Kaiser wird sich vielmehr seiner Zeit von Livadia direct nach Berlin zur Feier der goldenen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars begeben.

Römischer Bekehrungsfanatismus.

Die „Röm. Itg.“ schreibt: Unser römischer Bericht-erstatler schrieb uns vom 30. d. M., daß eine prot-estantische deutsche Kammerfrau durch die deutsche Botschaft aus einem der kaiserlichen Hospitäler von Rom habe entfernt werden müssen, weil man dem armen Wesen das Leben mit Bekehrungsversuchen bis zur Unmöglichkeit sauer machte. Bezüglich dieser Nachricht brachte die „Germania“ nach einer in ihrem ähnlichen köstlichen Stille gehaltenen Einleitung fol-gende anerkennende Mittheilung: „Die Direction des St. Giovanni-Hospitals deminterte die Nachricht sofort und zum Ueberflusse hat die Sala Saur durch den Grafen Hermann v. Stainlein-Gaalenstein der „Liberta“ die Berichtigung zu geben lassen, daß von keiner Seite auf ihren Entschluß in fraudulöser Weise eingewirkt worden, und daß sie aus eigenem freies Willen zur römisch-katholischen Kirche zurückgekehrt sei, wie sie das auch dem Pastor Konneke erklärt habe. Wir erwarten, daß die „Röm. Itg.“ die Nachricht demin-tiren wird.“ Wie es um den freien Willen vieler solcher Bekehrten steht, weiß man wohl, und jenseit Dementi in der „Germania“ wäre und geringe Autorität, um auf Grund desselben Meldungen eines demüthigten Berichterstatters zu widerrufen. Wir haben indeß, um ein Uebrigcs zu thun, dem Vethern die Mittheilung der „Germania“ zur Rücküberlegung über-sandt. Inzwischen aber finden wir dieselbe An-gelegenheit schon in dem Correspondenzblatt des Deutschen Vereins behandelt. Der bezügliche Artikel enthält Stoff genug, um ein Urtheil über den vor-liegenden Fall zu ermöglichen. Er lautet wie folgt: „In neuerer Zeit häufen sich die Nachrichten von „Bekehrungen“ Sterbender zur römischen Kirche. Kaum hat die Welt erfahren, daß der eigene Bruder des Papstes, der Cardinal und Erzbischof Becci, sich nicht geschämt hat, einem „liberalen“ italienischen Professor auf dem Sterbebette den Widerruf seiner „Irrlehren“ auszupressen, so wird auch bekannt, daß dem römischen Fanatismus Jordan eine arme, un-gläubliche deutsche Frau zum Opfer gefallen ist. Die „Röm. Itg.“ brachte vor einigen Tagen eine kurze Notiz über die Bekehrungsversuche, denen die pro-estantische Rosa Saur in einem der römischen Hospi-täler ausgesetzt war. Wir sind jetzt in den Stand gesetzt, über diesen traurigen Fall Genaueres mit-zuthellen. Die „Capitale“, ein in Rom erscheinendes Blatt, zur Zeit der Ministerpräsidentenschaft Cairoli's ein officielles Organ der italienischen Regierung,